

# „Politik, wir müssen reden!“

## **Dominik Zorn (Q1) berichtet von einer Veranstaltung im Januar 2018**

*Am 18. Januar fand in Berlin zum zweiten Mal das Projekt „Politik, wir müssen reden!“ statt. Es handelt sich um ein Projekt des Studentenforums im Tönissteiner Kreis e.V., das sich zum Ziel gesetzt hat, Politik und Jugendliche via Verbesserungen der Kommunikation in sozialen Medien in eine bessere Verbindung zu bringen. In Form von Beratungsgesprächen mit Mitgliedern des deutschen Bundestages, in denen diesen näher gebracht wird, wie sie ihre Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Netzwerken verstärken können, treffen medial eher unerfahrene Politikerinnen und Politiker auf politisch interessierte junge Menschen. Im Folgenden möchte ich aufzeigen, warum dieses Projekt unterstützenswert ist und welches grundlegende Problem so anzugehen versucht wird.*

„Wahlen allein machen noch keine Demokratie“ (Barack Obama). – Dieses Zitat beschreibt den Zeitgeist in vielerlei Hinsicht sehr treffend. Denn eines ist Fakt: Politik interessiert die wenigsten der Jugendlichen in Deutschland auch nur im Geringsten. Sie scheint abgehoben, langweilig und unnötig. Es wird zwar, beispielsweise durch Planspiele oder ähnliche Aktionen an Schulen versucht, dieses Bild der Politik aufzubrechen und Interesse bei Jugendlichen zu wecken, doch gelingt dies nur bei denjenigen, die sowieso schon politisches Vorwissen haben. Denn Die Politik ist nicht greifbar genug für die junge Generation. Die Politiker erscheinen verklemmt und altbacken.

Das Projekt „Politik, wir müssen reden“ versucht, dieses Problem zu lösen. Hierzu bietet es die Gelegenheit, in Kontakt mit Bundestagsabgeordneten zu treten und so zum einen schöne Erfahrungen zu generieren, zum anderen hilft es auch den Politikerinnen und Politikern, ihre Internetpräsenz zu verbessern. Das Konzept sieht die sozialen Netzwerke als Schlüssel oder Brücke zwischen Politik und Jugend. Durch eine gute Arbeit in diesen soll Politik auch für junge Leute interessant, greifbar, verständlich und präsenter werden.

Das Projekt startet am 18. Januar um 9.00 Uhr in einem Tagungshaus in Berlin-Kreuzberg mit einem kurzen Kennenlernen. Der Programmplan ist ziemlich dicht gesetzt, doch ist die Gruppe der Teilnehmenden – unter anderem wegen vorausgegangener Vorbereitung via Zeitungsartikeln, Umfragen und Recherchen – höchst motiviert. In knapp fünf Stunden sollen sie, je nachdem, für wen sich entschieden wurde, entweder Christian Jung (FDP), Ottmar von Holtz (Bündnis`90/Die Grünen) oder Kirsten Lühmann (SPD) in kleiner Runde treffen und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit in sozialen Netzwerken liefern.

Doch zuvor muss erst einmal eben dieses Gespräch vorbereitet werden: In einer intensiven Workshop-Phase erarbeiten die Jugendlichen, worauf es für sie bei *Social networks* ankommt. Während Facebook eher als tiefer gehende, für „Ältere“ ausgerichtete Plattform angesehen wird, erscheinen Instagram und Twitter als freier, bei denen der Fokus mehr auf den Bildern – zusammen mit kurzen, prägnanten Statements – liegt. So erarbeiten die Gruppen für jedes Netzwerk einen „Steckbrief“, der als Richtlinie für Posts in diesem dienen soll und das Gespräch später unterstützen soll.

Neben den Einzelgesprächen trifft sich die nun noch mehr ins Thema eingearbeitete Gruppe mit Christian Marx, einem Mitarbeiter der Online-Kommunikation der CDU/CSU-Fraktion. Dieser beschreibt seine tägliche Arbeit, nennt die verschiedenen Aufgabenbereiche, die mit dieser verbunden sind und erklärt einige wichtige Dinge, worauf die sieben Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter bei ihrer Arbeit achten sollten. Dadurch kann er der Gruppe tiefergehende Einblicke in die Prozesse auch hinter den Kulissen geben, von denen man normalerweise nicht viel bemerkt.

Dann endlich steht das Highlight des Tages in Berlin an: Die Beratungsgespräche. In fünf Gruppen zu je fünf Personen setzen sich die Jugendlichen mit ihren Wunsch-Abgeordneten zusammen. Ottmar von Holtz beispielsweise, der Mitglied der Fraktion der Grünen ist, ist erst seit der aktuellen Legislaturperiode Mitglied des Hauses. Er baut gerade seinen Mitarbeiterstab auf und muss sich natürlich noch in das komplexe Politikleben in der Hauptstadt einleben. Deswegen entstehen auch einige verbesserungswürdige Aspekte, wenn es um sein Auftreten in Facebook und Co. geht.

Es gilt für Politikerinnen und Politiker, das richtige Maß an Professionalität und Menschlichkeit zu finden, um sowohl seriös, als auch interessant für junge Leute zu sein. Dies gelingt nicht vielen besonders gut – schon gar nicht ohne speziell damit beauftragte Mitarbeiter. Von Holtz freut sich sehr über die vielen Anregungen, die er für sein Auftreten in *Social networks* aus dem Gespräch ziehen kann. Die Gruppe kann im Nachhinein auf ein spannendes Gespräch mit einem sehr netten Menschen mit interessanter Lebensgeschichte zurückblicken.

Das Ende des Gesprächs markiert zugleich das Ende des Tages. Die Jugendlichen können auf einen dicht geplanten, informativen und hochgradig interessanten Tag zurückblicken. Bleibt zu hoffen, dass die Beratung Früchte trägt und vielleicht sogar die ein oder andere Brücke zwischen Bundespolitik und Jugend geschlagen werden kann.

Denn wir dürfen Eines nicht vergessen: Die Demokratie ist ein Geschenk, das es zu nutzen gilt. „Wahlen allein machen noch keine Demokratie“. Es erscheint selbstverständlich, dass man unbehelligt seine Rechte wahrnehmen kann, dass Minderheiten unter besonderem Schutz stehen, dass man sein Leben so gestalten kann, wie man es möchte. Doch diese Realität, diese Chance, wird vielen nicht zuteil. Es gibt viele Menschen, die in Diktaturen leben müssen, in denen jegliche politische Opposition, jegliche Grundrechte und jegliche Freiheiten vollständig fehlen. Dessen sind sich die wenigsten aktiv bewusst. Es ist eigentlich klar, man beachtet dies ob der gewaltigen Entfernungen allerdings nicht.

Die Demokratie kann nur vernünftig funktionieren, wenn sie von allen gelebt wird. Es muss bewusst werden, dass Politik nicht bloß das Halten von Reden ist, sondern das Mittel, seine Ideale zu vertreten. Und so gibt die Aktion „Politik, wir müssen reden“ einen Appell mit auf dem Weg: Auch Jugendliche – und gerade diese – müssen die Demokratie leben. Und dafür muss sie greifbar sein. Mittels sozialer Netzwerke könnte so genau diese Greifbarkeit erschaffen werden.